

10. Wahlperiode

05.11.1986
sr-ma

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge

Protokoll

20. Sitzung (nicht öffentlich)

5. November 1986

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 11.15 Uhr

Vorsitzender: Abg. Bräuer (SPD)

Stenograph: Schrader

Verhandlungspunkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Minister beantwortet in der letzten Sitzung bei der Einzelberatung des den Ausschuß tangierenden Bereichs des Einzelplans 07 offengebliebene Fragen zu Kap. 07 330 Tit. 811 10 und Kap. 07 020 Titelgruppe 70.

Leiharbeit

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 10/866

Vorlagen 10/470, 10/474

Zuschriften 10/411, 10/421, 10/431, 10/432, 10/433, 10/434,
10/435, 10/436, 10/437, 10/438, 10/439, 10/440,
10/441, 10/442, 10/443, 10/444, 10/445, 10/454,
10/446, 10/447, 10/448, 10/449, 10/450, 10/451,
10/452, 10/453, 10/455, 10/460.

Ausschußprotokolle 10/306, 10/311

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
20. Sitzung

05.11.1986
sr-ma

Nachdem die SPD einen Änderungsantrag zu dem Antrag Drucksache 10/866 und die F.D.P. einen Antrag betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Leiharbeit eingebracht haben, kommt der Ausschuß einvernehmlich zu der Auffassung, daß in der heutigen Sitzung keine abschließende Beratung des Tagesordnungspunktes durchgeführt werden könne. Am Rande der nächsten Plenarsitzung werden der Vorsitzende, sein Stellvertreter und die Sprecher der Fraktionen den weiteren Beratungsverlauf vereinbaren.

- - - - -

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
20. Sitzung

05.11.1986
sr-ma

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, den Ausschußmitgliedern sei heute die Vorlage 10/704 - Entwurf einer 18. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arbeits-, Immissions- und technischen Gefahrenschutzes - zugegangen. Er bittet die Arbeitskreise der Fraktionen, sich mit dieser Thematik zu beschäftigen, damit der Ausschuß in seiner übernächsten Sitzung den Verordnungsentwurf abschließend beraten kann.

Sodann nimmt der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Heinemann zu in der letzten Sitzung bei der Einzelberatung des den Ausschuß tangierenden Bereichs des Einzelplans 07 offengebliebenen Fragen Stellung. Er beantwortet zunächst die entsprechende Frage zu Kap. 07 330 - Dienststellen der Kriegsopferversorgung - Tit. 811 10 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen - (siehe dazu das Protokoll über die 19. Sitzung des Ausschusses am 15. Oktober 1986, APr 10/379, Seite 18).

In dem Ansatz von 194 100 DM seien Verpflichtungsermächtigungen aus dem Jahre 1986 in Höhe von 100 500 DM enthalten, so daß 1987 für die Neuanschaffung von vier Dienstkraftfahrzeugen lediglich 93 600 DM plus Verpflichtungsermächtigungen von 20 200 DM, also 113 800 DM, zur Verfügung stünden. Mit diesem Betrag würden bei nachgeordneten Dienststellen ein Lkw für 51 000 DM und drei Pkw zu je 21 000 DM angeschafft.

Die erste zu Kap. 07 020 - Allgemeine Bewilligungen - Titelgruppe 70 - Förderung von Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung jugendlicher Arbeitsloser, zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen sowie zur modellhaften Erprobung neuer Eingliederungsmaßnahmen - offengebliebene Frage (siehe dazu das Protokoll über die 19. Sitzung des Ausschusses am 15. Oktober 1986, APr 10/379, Seite 20) beantwortet Leitender Ministerialrat Schorn (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales). Die in der Tat auffällige Verschiebung von Mitteln innerhalb der Titelgruppe 70 habe ihren wesentlichen Grund darin, daß bei der Aufstellung der Ansätze in den vergangenen Jahren Zuordnungsfehler passiert seien. Wegen der Übertragbarkeit und gegenseitigen Deckungsfähigkeit der einzelnen Titel innerhalb der Titelgruppe 70 sei bei der Aufstellung der Haushaltsansätze der entscheidende Wert auf das Ergebnis, weniger auf die Zuordnung zu den Einzeltiteln gelegt worden.

Ausschuß für Arbeit, Gesundheit,
Soziales und Angelegenheiten der
Vertriebenen und Flüchtlinge
20. Sitzung

05.11.1986
sr-ma

Er wolle daran erinnern, daß in den Jahren bis 1983 die Maßnahmen der jetzigen Titelgruppe mit drei Einzeltiteln zunächst aus einer Haushaltsstelle finanziert worden seien. Erstmals 1984 sei eine Titelgruppe mit zwei Untertiteln eingerichtet worden; ein Titel davon habe die Zuschüsse an private Unternehmen betroffen, wozu auch die freien Träger gerechnet worden seien. Im Haushalt 1985 sei ein weiterer Titel eingeführt worden, und zwar für freie Träger. Dieser Titel sei damals mit nur 1,4 Millionen DM ausgestattet worden. Der Ansatz für die privaten Unternehmen sei demgegenüber bei rund 38 Millionen DM geblieben.

Dieser Betrag hätte in einer sehr deutlichen Höhe dem neuen Titel 684 70 - Zuschüsse an freie Träger - zugeordnet werden müssen. Auch 1986 sei diese unscharfe Zuordnung wiederholt worden; der bei Tit. 683 70 - Zuschüsse an private Unternehmen - ausgewiesene Mittelbedarf sei zu hoch angesetzt worden.

Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1987 seien, um diese Ungenauigkeiten zu bereinigen, die Ansätze innerhalb der Titelgruppe 70 auf der Grundlage des zu erwartenden Mittelabflusses an die einzelnen Maßnahmenträger ausgewiesen worden. Deshalb sei der Titel 683 70 für das Haushaltsjahr 1987 um rund 32 Millionen DM reduziert worden, wohingegen der Titel 884 70 um rund 20 Millionen DM erhöht worden sei.

Bei der Ermittlung der Haushaltsansätze für die Programmteile des Landesprogramms seien innerhalb der Titelgruppe 70 die vorgesehenen Förderzahlen der entscheidende Ansatzpunkt. Auf diesen aufbauend werde zunächst einmal der Mittelbedarf der gesamten Titelgruppe errechnet. Ein weiterer Schritt, der für die Aufstellung und Durchführung des Programms selber unerheblich sei, bestehe dann in der Aufteilung der Mittel auf die einzelnen Titel. Da nach Einführung der Titelgruppe 70 die Ausgaben der einzelnen Titel durch entsprechende Haushaltsvermerke für übertragbar und gegenseitig deckungsfähig erklärt worden seien, sei die ungenaue Zuordnung der Ansätze innerhalb der Titelgruppe 70, die er soeben erläutert habe, für die Durchführung der Programmteile unerheblich und unschädlich gewesen. Insgesamt spielten auch die Veränderungen innerhalb der haushaltsmäßigen Ausweisungen der einzelnen Titel der Titelgruppe 70 für die Abwicklung der davon erfaßten Programmteile wegen der gegenseitigen Deckungsfähigkeit praktisch keine Rolle.

Schließlich beantwortet Minister Heinemann noch die zweite zu Kap. 07 020 Titelgruppe 70 offengebliebene Frage (siehe dazu das Protokoll über die 19. Sitzung des Ausschusses am 15. Oktober 1986, (APr 10/379, Seite 21). Die Förderzahlen im Bereich der Betreuungsverträge hätten sich in den letzten Jahren rückläufig entwickelt. 1981 seien es rund 1 900, 1982 1 650, 1983 und 1984 1 500